

Merseburger Tagblatt

Bezugspreis in d. Stadt für Abnehmer halbmönl. 395 000.
Postbezug monatlich. Erstheft werktäglich nachmittags. Einzelnummer 40 000 M. Sonnabends 50 000 M. Nachlieferung vorbehalten. Postfach. Leipzig 16 654. Geschäftsstelle: Salzstraße 4. Zweigstelle: Barthstraße 38. Für unregelmäßige Zustellungen wird f. Gewähr geleistet. Erfindungsrecht vorbehalten.

(Kreisblatt)
Unparteiische

Anzeigenpreis Der Gehaltene Millimeter Zeitraum 10 000 M.
40 000 M. Die laufende Monatsquittung wird dem Bezahler auf keine Anzeigen bei deren Aufgabe mit 5000 M. in Zahlung genommen. Ziffergebühr 24 000 M. Porto befreit. Alle Preise freibleibend. Anzeigenchluss vormittags 10 Uhr. Sammelanzeigen Sonderpreis. Fernsprecher Nr. 100.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger)

Herausgeber Ludwig Vahj

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 194.

Montag, den 20. August 1923

163. Jahrgang.

Poincarés unveränderte Haltung.

Die Sonntagsrede in Charleville.

Paris, 19. August. Poincaré hielt heute drei Reden, welche sämtlich den Eindruck erwecken, daß er an seiner bisherigen Politik unüberwindlich festhalten will. Die Hauptrede wurde gelegentlich der Einweihung eines Kriegedenkmals in Charleville gehalten. Poincaré bemühte sich zwar, ruhig zu sprechen und nichts zu versprechen, aber irgendeine Annäherung an England dürfte diese Rede, obwohl Poincaré eine solche offenbar anstrebte, kaum zustandbringen. Eine Antwort auf die Erwartungen des Tages als Reichsminister enthält die Rede nicht. Dagegen kommt sie auf die Erwartungen zurück, die Stresemann noch als Abgeordneter gab. Poincaré bemühte sich, diese mit durchaus unrichtigen Gründen zu widerlegen. Allein längst bekannte Vorurteile gegen Deutschland kehren auch diesmal wieder. Eine Widerlegung jedes einzelnen Satzes ist durchaus leicht. Vollkommen falsch unterrichtet ist Poincaré, wenn er behauptet, daß Preußen den Geist der Revolution in Frankreich bekämpfen wollte, und daß sich Preußen gegen Napoleon erhoben hätte, weil dieser ein Mann der Revolution war. Wenn Preußen Napoleon bekämpfte, geschah es ausschließlich deshalb, weil er Kaiserreich betrieb, und das deutsche Volk wie übrigens auch das französische verurteilte. Es ist ein wenig unvorsichtig, wenn Poincaré den Schatz Napoleons immer wieder heraufbeschwört. Napoleon wird selbst der französische Ministerpräsident nicht behaupten wollen, daß heute die französische Armee revolutionären Geist nach Deutschland tragen wolle. Hierfür besteht keine Notwendigkeit mehr, denn die deutsche Revolution hat stattgefunden, und die deutsche Republik ist geschaffen. Wenn also Poincaré an Napoleon erinnert, muß man unwillkürlich annehmen, daß er nicht nur in der Vergangenheit, sondern auch heute die Revolution gegen die sich Poincaré immer bestig gestraubt hat. Aber seine Verurteilung Napoleons wird in der ganzen Welt Bedenken erregen müssen, und wenn er behauptet, daß man in Frankreich bis 1870 die Einheitsströmungen Deutschlands günstig beurteilt, so ist das unrichtig. Nach dem Ausbruch des Krieges von 1870 riefte die Welt an allen europäischen Höfen herum, um sie zu beschwören, die Aufriistung eines einheitlichen Deutschen Reiches nicht zuzulassen. Und daß heute in Frankreich diese Strömungen vorhanden sind, um diese Einheit zu zerstören, dürfte Poincaré wissen. Nötigenfalls könnte er den in der heutigen Rede hervorgehobenen General Mangin um nähere Mitteilungen bitten.

In der Rede bei der Entfaltung des Kriegedenkmals entwickelte Poincaré zunächst eine Kriegesgeschichte von 1914-1918 und fuhr dann fort: Die Alliierten schienen nach ihrer Solidarität und nach ihrer Aufeinander. Sie schienen sich ihrer Solidarität und der gegenseitigen gegenseitigen Hilfe bedient zu sein, daß man glauben möchte, daß sie nach Erfüllung einer gemeinsamen Aufgabe ab, nachdem sie lange und schwere Opfer gebracht hatten, sich nicht mehr voneinander trennen könnten. Wenn die Eingriffe aus das Leben annehmen, wenn sie nicht nur Frankreich sich selbst, sondern alle Alliierten rettete, so muß man annehmen, daß diese Eingriffe nicht nutzlos sei. Wir Franzosen würden jede Handlung und jedes Wort als verbrecherisch ansehen, welches dazu bestimmt wäre, diese Eingriffe zu stören. Wir haben alle Anstrengungen gemacht und werden sie fortsetzen, um unsere Politik der Politik aller und der Alliierten anzuschließen, und wir werden stets bereit sein, mit ihnen Erleichterungen zu suchen, welche eine gemeinsame Aktion ihren Vorden bringen könnte. England befaßt sich z. B. über eine lange und schmerzliche Arbeitslosigkeit. Wir haben den Wunsch, daß England die Arbeitslosigkeit der Welt wieder aufnehmen möchte, wenn man die gemeinsamen Interessen der Welt berücksichtigen möchte, wenn sie glaubt, daß die Arbeitslosigkeit eine direkte oder indirekte Wirkung der Aufhebung sei. Die letzten handelsstatistischen Englands beweisen, daß seit der Aufhebung die Ausfuhr und die Einfuhr Englands diejenige des Jahres 1922 übersteigt. Ich will den Schluß ziehen.

daß England aus der Aufhebung Vorteile zu ziehen möchte, daß es größere Vorteile aus dieser Bewegung ziehen und zwar an der Seite Frankreichs. Aber ich habe das Recht, zu sagen, daß, wenn es so viel Arbeitslose in England gibt, General Degoutte daran nicht Schuld ist. Es ist auch kein glückliches Ereignis, wenn man die Arbeitslosigkeit der Welt durch die Aufhebung der Beschlüsse durch Frankreich befreit. Durch den Wortlaut des Friedensvertrages und durch frühere gemeinsame Erklärungen aller Alliierten, England einbezogen, kann man auf die Anfrage erwidern, es wäre besser, statt derartige Erklärungen zu beginnen, praktische Lösungen für die Probleme zu suchen. Der Friede fordert jedoch Durchführung der unterzeichneten Verträge. Die Berechtigung fordert die vollkommene Wiederherstellung der angehörigen Schäden. Frankreich fordert nichts anderes. England kann nichts anderes wollen. Es muß endlich dazu kommen,

daß sich Frankreich und England verständigen. Im Reichstag hat Stresemann am Tage vor seiner Erhebung zur Würde des Reichskanzlers Frankreich dargelegt, daß es Napoleon nachahme, daß es die deutsche Seele verletze und die durch imperialistische Eroberungen aufstehe. Sind die Herausforderungen von uns gekommen? Ein Friede, welcher auf Ungerechtigkeit aufgebaut ist, ist immer fragwürdig und gebrechlich. Ein Friede, den man auf der Gerechtigkeit aufbauen wollte, und den man allmählich eingestiegen ist, wäre schon anders. Mögen wir also nicht an den Friedensverträgen und nehmen wir nur die einstige Stellung ein, welche wir auf und vernünftig ist, nämlich die getroffenen Vereinbarungen zu respektieren und sie respektieren zu lassen.

Vor dem Generalrat des Argonne-Departements erklärte Poincaré, daß Frankreich die Gerechtigkeit sein wolle. Er sei entschlossen, ohne Nachgiebigkeit seine Politik fortzusetzen, welche die Zustimmung der Kammer und des Landes gefunden habe. Auf dem Bürgermeisterrat von Charleville sagte Poincaré, daß man nichts vergessen solle, und sich des Krieges nicht erinnern möge.

In Paris hat die gefirte Rede Poincarés keine Hebererregung hervorgerufen. Man vermutet, daß Poincaré gegenüber Stresemann zunächst eine abwartende Haltung einnehmen wird. Ganz allgemein wird angenommen, daß Poincaré sich mit Rücksicht auf die Stresemann bedingenden Schwierigkeiten, von denen die Lebensgefahr in der Kanzler-Liste befindet, nicht als die geeignete anzusehen sei, eine sehr große Zurückhaltung aufzuweisen wird und es heißt, daß der französische Ministerpräsident sie nicht aufgeben wird, bis Stresemann das Bisherige und seine wahren Absichten gezeigt habe.

In unterrichteten Berliner politischen Kreisen wird die Rede Poincarés mit einer gewissen Enttäuschung aufgenommen. Man betont, daß sie keine Dispositionsbasis bietet und daß aufgegeben das übliche Motto zu der Rede gemeint sei: Zeit zu gewinnen. Eine Erklärung der Reichsregierung zu dieser Rede wird nicht erfolgen, doch erscheint es nicht ausgeschlossen, daß Reichskanzler Dr. Stresemann in den nächsten Tagen in einer großen politischen Rede auf einige von Poincaré berührte Punkte zurückkommen wird.

Die Ueberreichung der französischen Antwortnote.

Paris, 20. August. Die französische Antwort auf die englische Note vom 11. August ist aus Brüssel noch nicht zurückgeschickt worden. Der „Petit Parisien“ glaubt zu wissen, der französische Botschafter in Brüssel sei bei dem belgischen Außenminister A. Thar und dem belgischen Botschafter in London, der belgische Außenminister, überreichung vorläufig geworden. Ueberreichung werden die Nachrichten, daß die französische Antwort spätestens am Dienstag nach London abgehandelt wird.

Dem Londoner Korrespondenten des „Newport Herald“ zufolge, glaubt man in Paris bereits, daß sich auf der Grundlage der Vorlesung von Poincaré nicht werde weiter verhandeln lassen und daß England Deutschland eine Sonderantwort zu senden werde. Man wird Deutschland mitteilen, daß seine Note eine geeignete Grundlage für weitere Verhandlungen bilde. In London behauptet man sogar, wie der „Newport Herald“ meinet, daß das englische Kabinett helfen wolle, um die Lage Deutschlands zu beschleunigen. Der Pariser Korrespondent des „Echo de Paris“ meinet, daß man in Kreisen der deutschen Regierung keine große Hoffnung auf England setze und daß man sich nur auf sich selbst verlassen sei, daß der Ausbruch für durch direkte Verhandlungen zwischen Deutschland, Frankreich und Belgien erledigt werden könnte. Der Korrespondent vergißt aber hinzuzufügen, daß Poincaré solche Behauptungen unmöglich macht.

Ein neuer Gemalakt Degouttes.

Nach einer Sabotageaktion aus Düsseldorf hat zur Verhinderung von Sabotageakten in Fabriken, Gruben und General Degoutte einen sofort in Kraft tretenden Erlaß veröffentlicht. Darin wird in allen industriellen Unternehmungen des Ruhrgebietes, welche für Reparaturen an Reparationsfonten nach dem Versailles-Vertrag in Frage kommen, insbesondere in den Kohlengruben und Kokeren, jede Zerstörung, jede Fortnahme, jede Veränderung der Einrichtungen, welche die Produktionsfähigkeit verhindern oder die Qualität der Produktion verändern könnte, verboten. Zuwiderhandlungen werden an dem Täter und den verantwortlichen Direktoren oder Oberbeamten der Unternehmungen mit Gefängnis bis zu drei Jahren und Geldstrafe bis

Was heißt verhandeln?

Ueber die Antwort Poincarés auf die englische Note geht das große Rätselraten weiter. Ein geistiger Optimismus wagte sich schüchtern zu zeigen. Kaum geboren, wird er schon umgebracht. Die ernsthaften französischen Blätter, wie „Journal Industrielle“ und „Journal des Debats“ hegen Beforgnis. Sie legen in der Antwort Poincarés nur eine Wiederholung des oft schon gesagt. Es sei keine Aussicht vorhanden, mit England zu einer Verständigung zu kommen. Genötvig wenig aber mit Deutschland, da Poincarés Bedingungen die alten seien. In der Tat, Poincaré wird wieder auf der bedingungslos Kapitulieren bestehen. Er wird bestehen auf der französisch-belgischen Regie für die Eisenbahn, auf der Eingliederung der Kohlenwerke, der Zölle, auf der Ausbeutung der Forsten und Staatsgruben. Er wird eine willige Kontrolle verlangen über die gesamte deutsche Industrie des Ruhrgebietes. Es ist natürlich, daß auf dieser Grundlage eine Verständigung mit Deutschland ein Ding der Unmöglichkeit ist.

Die Lage Deutschlands ist so, daß jeder Weg, der zur Rettung führen kann, beschritten werden muß. So sehr es uns nach dem siebenmonatigen Generalregiment der Franzosen im Ruhrgebiet gegen den Krieg gehen würde, mit Frankreich zu verhandeln, es müßte geschehen, wenn hierdurch eine Lösung zu erhoffen wäre. Als Voraussetzung der Verhandlungen aber verlangt Poincaré Aufgabe des passiven Widerstandes, das heißt die bedingungslos Kapitulieren. Als Gegenleistung gibt er nichts. Die Bedingung würde weiter dauern. Die wäre als vertragmäßiges Recht vor uns anerkannt. Was aber die weitere Bedingung für die Besetzung an Dranghaftigkeit und Not, geistiger und materieller Not, bedeuten würde, braucht nicht besonders betont zu werden. Und durch die Kapitulation wären wir keinen Schritt weiter in der Lösung der gesamten Reparationsfrage gekommen. Im Gegenteil wir wären Frankreich auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Frankreich hätte Zeit und würde die Verhandlungen auf die lange Bank schieben. Das Spiel, das wir jetzt 4 1/2 Jahre lang erleben, würde von vorne beginnen. Die Summe der Zahlungen wäre nicht festgesetzt. Die Münzangelegenheiten könnten dementsprechend auch noch nicht zu laufen beginnen.

Und England? Wozu sollte sich Frankreich beugen. Was es wolle, die Besetzung fast aller Kohlen- und Eisenbahnen Europas, das hätte es erreicht. Die wirtschaftliche und politische Macht Englands wäre weiter geschwächt. Frankreich hätte viel Zeit. Wozu eine Eingung mit England? Sie würde nur eine „Einnistung“ in die französische Beherrschung Europas bedeuten.

Was wären die Folgen einer Kapitulation Deutschlands. Aufgabe des passiven Widerstandes, um zu Verhandlungen mit Frankreich zu kommen, würde dasselbe bedeuten. Unsere Lage würde sich um keinen Cent verbessern, im Gegenteil, sie würde sich verschlechtern. Denn daß Frankreich aus nur einem geringen Teil der Kohlen- und Industrieerzeugnisse aus dem Ruhrgebiet Deutschland überlassen würde, das wird selbst ein Optimist nicht annehmen können. Ohne das Ruhrgebiet oder wäre Deutschland zum Verhungern verurteilt; d. h. Frankreich könnte dem deutschen Volk jeden Augenblick die Gabel zuzahlen. Auf diesem Wege wäre also eine wirkliche Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich nicht zu erreichen, sondern nur das Gegenteil. Auf diesem Wege aber würden wir auch England und der Welt jede Möglichkeit nehmen, zu einer erfrischen und tragbaren Lösung der Reparationsfrage zu kommen. Darum daß Deutschland, und wenn die Not noch so hoch steigen sollte, an Kapitulation nicht denken. Denn das wäre Selbstmord. Wir können den passiven Widerstand nur aufgeben, können nur verhandeln, wenn uns die freie und unabhängige Verfügung über das Ruhrgebiet gewährleistet wird und im Rheinland wieder vertragmäßige Zustände hergestellt werden. Oder nicht!

zu 500 000 Goldmark oder eine dieser Strafen gehandelt. Die Beauftragten der französisch-belgischen Ingenieurkommission sollen nach jeder Verordnung das Recht haben, zur Feststellung etwaiger Veränderungen alle Teile der industriellen Unternehmungen zu besuchen und sich alle Pläne sowie Zeichnungen und Dokumente, die darauf Bezug haben, vorlegen zu lassen. Falls die Beauftragten behindert oder ihnen die Dokumente nicht vorgelegt werden, werden die Direktoren oder die Personen, die direkt beauftragt sind, mit Gefängnis bis zu 5 Jahren und mit Geldstrafe bis zu 500 000 Goldmark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Der Versuch einer solchen Tat, der Befehl dazu, die Unterstüßung oder Begünstigung wird wie die Tat selbst bestraft.

Beilage zu Nr. 194 des Merseburger Tageblattes

Montag, den 20. August 1923

Die Goldrechnungskrisis.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich im Übergang zum Goldrechnungssystem. Nicht nur die Privatwirtschaft, sondern auch Staat und Kommunen gehen dazu über, eine neue Wertmehrmittel, die Rechnungsgoldmark einzuführen und darauf Forderungen und Schulden zu berechnen. Wir lesen mit einem Worte vor dem vollständigen Inkassierung der Papierrechnung. Das Geld, welches als Notendruck hergestellt, gilt nur noch als Träger des Austauschvorganges, aber nicht mehr als Wertausdruck, oder als Ausdruck der durch eine geschäftliche Transaktion geschaffenen Rechtsbeziehung. Jeder Kauf und Verkauf stellt einen Kontrakt auf Lieferung von Wert und Gegenwert. Bisher hatte jedenfalls in Teilen des deutschen Wirtschaftslebens die Papiermark noch die Funktion eines Ausdrucksmittels für ein so zuhandengekommenes Rechtsverhältnis. Die Gesetze tragen zwar der Geldwertminderung allerdings schon Rechnung, erlauben sie aber nicht in vollem Umfang an, da die Forderung des Wiederherstellungspreises verboten war. Heute muß die Rechtsprechung faktisieren. Für jeden Wert wird der Gegenwert gelistet werden. Die Tatsache, daß der Staat Goldschatze ausgräbt, kommt dabei nicht mehr in Betracht.

Damit stehen wir vor einer Preisrevolution, die immer befürchtet, schon lange ins Auge gefaßt, aber noch nicht zur Tatsache geworden war. Heute ist sie im vollen Gange. Es hat auch keinen Zweck, in diesem Zusammenhang auf Einzelheiten dieser Umwertung aller Werte einzugehen. Worauf es ankommt, und was letzten Endes einer jeden von uns angeht, das ist die allgemeine wirtschaftliche Bedeutung dieser Vorgänge. Wenn wir heute unsere Gehaltsforderungen und unsere Schulden, wenn wir Einnahmen und Ausgaben in Goldmark verrechnen, dann halten wir uns wieder ein in den großen Zusammenhang der Weltwirtschaft, die niemals von der Goldrechnungssystem abgegangen ist. Bis jetzt lebten wir in einer Art von fortgesetztem Bankrott, der mit beträchtlichen Mitteln von Tag zu Tag, von Jahr zu Jahr vergrößert wird. Heute stehen wir vor den nächsten Tatsachen, vor der reinen Wirklichkeit. Die Folgen, die nun aufzutreten werden, sind nicht ohne weiteres im einzelnen zu überschauen. Zu der Gesamtsituation ist es aber sicher, daß der Übergang zur Goldrechnung der gesamten Nation zum ersten Male seit dem Sturz des Umfang der eingetragenen Verarmung vor Augen führt. Diese Verarmung ist heute nicht etwa eine leere Phrase, nicht etwa ein Schreckbild für Streikende und politisch Unmündige, sie ist Tatsache. Die verfallene Arbeitslosigkeit der deutschen Wirtschaft wird damit offenbar werden. Es geht nicht länger an, um die Dinge herumzureden. Wenn wir Gold fordern, müssen wir Gold verdienen. Gold verdienen können wir nur durch den Verkauf an das Ausland, können wir nur, wenn der Goldlieferung der Goldgegenwert entgegen-

gestellt wird. Das bedeutet eine allgemeine Industriekrisis, eine allgemeine Krise am Arbeitsmarkt. Im Vordergrund zeigt sich schon heute die Folge. Es ist niemand in Deutschland vorhanden, der Druckmaschinen für die Wiedergabe eines einzelnen Bundesdruckers hergerichtet sind. Die Folge ist mit Notwendigkeit zunächst ein Mangel der Arbeitslosigkeit. Aber diese Arbeitslosigkeit ist nicht notwendigerweise ein nationales Unglück. Es ist hohe Zeit, daß unsere gesamte Wirtschaft, vor allem aber die Arbeitnehmerschaft, erkennen lernen, daß sie nur Teile eines großen Organismus, eines lebenden Willens sind, der sich unmittelbar selbstlicher Rechte auf der Welt erhält. Der nur mit Unterstützung der gesamten Energie sein Leben erhalten kann. Nicht Dummheit, nicht Verhöhnung muß die Folge dieser Arbeitslosigkeit sein, sondern eine erneute Zusammenfassung der gesamten nationalen Wirtschaftskraft zur Erhaltung des Lebens. Und es wird sich zeigen, daß die Gesamtsituation eine politische Wirkung zur Folge haben muß. Es gilt den Friedensvertrag von Versailles zu sprengen, denn dieser ist es, der uns bisher daran gebunden hat, den weltwirtschaftlichen Vertrag unserer nationalen Arbeitsleistung zu erzielen.

Das bedrohte Privateigentum.

Auch die Hausbesitzer für äußerste Nothwehr. Auf seinem eben in Ulmer abgehaltenen 44. Verbandstag hat der Zentralverband deutscher Haus- und Grundbesitzervereine erneut zur Wohnungsgesetzgebung Stellung genommen. Er sah in dem Wohnungsgesetz vom 1. Juni 1923 begründete Gründe ein neues Annehmengesetz gegen die Hausbesitzer und begründet das insbesondere damit, daß durch die Befreiung (Art. 153) gewerblicher Eigentum wird zu einem Schmelztopf übergeführt, da das Gesetz dem Eigentümer den letzten Rest seines Vermögens entzieht und ihm nur das Wasnis des Wertes gelassen hat. Die Befreiung des Hausbesitzerverbandes leben demgegenüber in der unbedingten Heiligkeit des Privateigentums den Größeren für den Sozialismus und die Weiterentwicklung unserer Kultur und Wirtschaft. Es werden nicht ruhig gelassen, wie jedes Privateigentum heute zu gemacht und die ganze Privateigentumsunterwerfung aller mittelständlichen Schichten vergesellschaftet wird. Daher die Forderung: Haus- und Grundbesitz müssen, vereint mit dem gesamten Mittelstand und den landwirtschaftlichen Organisations, in festen Zusammenhängen mit den nächsten Wurzeln ihre ungetrübten Belange zur Geltung bringen. Diese Notwendigkeit muß vor aller Welt bedunden, daß sie nicht willens ist, sich zwischen kommunikativen und großkapitalistischen Mächten zerreiben zu lassen.

Die Stellungnahme des Hausbesitzerverbandes hat besondere Bedeutung auch für die Landwirtschaft, die durch die agrarrevolutionären Anträge Hoff, Müller-Steinwer-

nungen usw. in ihrem Privateigentum gleichfalls bedroht ist. Abererregt würde der Verbandstag der Haus- und Grundbesitzer sich vermutlich noch weit schärfer geäußert haben, wenn er seine Beratungen nicht auf das Mieter- und Pächtergesetz vom 1. Juni 1923 beschränkt hätte. Die Einbeziehung der agrarrevolutionären Anträge hätte für die Beratungen in Ulmer um so näher gelegen, als insbesondere die Vorschläge des Sozialdemokraten Albrecht („Neue Zeit“, Heft 6 und 7) die gegen die Landwirtschaft gerichteten Maßnahmen (Wiederherstellung familiärer Hypothek aus der Fortsetzung und ihre Umwertung in das Eigentum des Reiches) ausdrücklich namentlich auf ländliche Wohnhäuser, Hundesgebäude, Werkstätten und dergleichen ausgedehnt wissen will.

Politische Rundschau

Der „Vorwärts“ und der wuchernde Großhandel.

Der „Vorwärts“ (Nr. 371) veröffentlicht die Zuschrift eines Berliner Kaufmanns, der sich, um den hohen Wert seiner Kleinhandelswaren zu erhalten, mit einem Karstoffhersteller in Verhandlung gesetzt hatte und von diesem Karstoff für 4000 Mark erhielt, für die auf den Berliner Märkten in der Woche bis zum 1. August 9000-12000 Mark gefordert wurden. Aus diesem gemäßigten Preisunterstützt schließt die Zuschrift, daß es annehmend nicht der Kleinhandeler, sondern der Großhändler ist, der die Preise in die Höhe treibt. Sie berechnet, daß bei normalen Zusätzen für Groß- und Kleinhandel bestenfalls ein Preis von 6750 Mark herauskommen könne. Der über diesen Preis hinausgehende Betrag sei Wucher überßer Art. Entsprechende Erfahrungen hat jener Berliner Kaufmann beim Einkauf von Karotten gemacht, die er beim Erzeuger für 2500 Mark und nach dem 1. August für 4000 Mark erhielt, während der Berliner Kleinhandelspreis auf den Märkten zwischen 15000 Mark und 30000 Mark schwankte. Die „Vorwärts“ (Nr. 371) ist abgelehnt, diese Zuschrift zu veröffentlichen.

Die Mitteilungen des Berliner Kaufmanns bestätigen die alte Erfahrung, daß überall, wo die Preisgestaltung im einzelnen verfolgt wird, die Angriffe gegen den Wucher der Bauern alsbald meist verflümmen. Es verdient Anerkennung, daß der „Vorwärts“ im Gegensatz zu dem ihm bekämpften Demokratensinn die Zuschrift veröffentlicht hat. Diese ist freilich auch eine Anfrage gegen die Politik des „Vorwärts“, der geradezu berufsmäßig auf den vermeintlichen landwirtschaftlichen Wucher schilt und nur in seltenen Ausnahmefällen die an der Preisentwicklung schuldigen Stellen des Zwischenghandels entsprechend zu brandmarken mag. Gerade die sozialdemokratische und kommunistische Presse mit ihren hülfen Angriffen auf die Landwirtschaft ist Schuld daran, daß die Gesetzgebung der Bauern, die Großhandelsmärkte unmittelbar zu bezeichnen, in den jüngsten Wochen zum Nachteil der Verbraucher zusammengekrümpt ist und daß es so zu Verdächtigungen kam, die jener Berliner Kaufmann zu Recht geißelt.

Währungsbank statt Reichsbank.

Ein Vorschlag Helfferichs.

Wie die „Niederb. Ztg.“ erfährt, hat Abgeordneter Dr. Helfferich in der gestrigen Fraktionsitzung der Deutschnationalen von einem von ihm geplanten Vorschlag zur Gründung des deutschen Geldes Mitteilung gemacht. Er schlägt die Errichtung einer Währungsbank vor, von der die Reichsbank abgelöst werden soll. Zur Gründung der Währungsbank sollen Landwirtschaft, Handel und Industrie und andere unter Rücksicht auf ihre Leistungsfähigkeit zu gleichen Teilen herangezogen werden. Insofern werde die Forderung auf Erfüllung der Schwere ihrer vernünftigen und möglichen Erfüllung finden.

Die proletarischen Hundertschaften vor dem Staatsgerichtshof.

Das von preussischen Minister des Innern Severing im Mai dieses Jahres erlassene Verbot der proletarischen Hundertschaften wird im September dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik beschlagnahmt. Begegnungsweise ist gegen dieses Verbot gerade von sogenannten „Reichsaussschuss der Deutschen Betriebsräte“ Beschwerde eingelegt worden, also von derjenigen kommunikativen Organisation, die in den letzten Tagen als Veranstalter des „Generalstreiks“ viel von sich reden gemacht hat. Der Reichsaussschuss leitet seine Aktiolegitimation für die Beschwerde aus der Tatsache her, daß er im Mai dieses Jahres eine Mitteilung des Berliner Polizeipräsidiums, gez. i. B. Weiß, erhalten hat, in der es heißt: „Hiermit gebe ich für alle, die es angeht, die Verfügung des preussischen Ministers des Innern betreffend das Verbot der proletarischen Hundertschaften bekannt.“ Es ist charakteristisch, daß die kommunikativen Betriebsräte damit selbst zugeben, daß sie die proletarischen Hundertschaften etwas angehen. Der Reichsaussschuss der Deutschen Betriebsräte wird durch Justizrat Viktor Brant in Berlin vertreten.

Der Arbeitslohn in Sowjetrußland im Monat Juli.

Aus Helfferichs wird uns geschrieben: Der Volkskommissar der Arbeit Schmidt hat den Minimalarbeitslohn für den Monat Juli wie folgt festgesetzt: In der ersten Zone 360 Rubel, in der zweiten Zone 280 Rubel und in der dritten Zone 220 Rubel. Alle Angaben sind in Rubeln der Einheit von Jahre 1922 gemacht. Ein Rubel dieser Einheit entspricht einer Million gewöhnlicher Sowjetrubel. Von Interesse ist es, die wichtigsten Lebensmittelpreise und Preise für Gegenstände des täglichen Bedarfs mit diesem Minimallohn zu vergleichen. Am 1. Juli kostete in Petersburg ein Pud Roggenmehl 132 Millionen Rubel, ein Pud Hartweizenmehl 40 Millionen Rubel, ein Pfund Fleisch 16 Millionen Rubel, ein Pfund Zucker 38 700 000 Rubel und ein Pfund Salz 3 800 000 Rubel. Ein Paar Stiefel kostete 717 Millionen Rubel, ein Pfund Petroleum 5 Millionen Rubel und ein Pfund Seife 12 300 000 Rubel. Ein Arbeiter hat im Juli 1922 den tatsächlichen Preis von 32½ Millionen Rubel. Gleichzeitig mit der Festsetzung des Minimallohnes ist vom Volkskommissar der Arbeit auch der Maximallohn für die Arbeiter und Angestellten für den Monat Juli festgesetzt worden. Er beträgt 150 allgemeine Warenrubel nach dem Index der Staatlichen Plankommission am 1. Juli.

Das überraschende Polen.

Warschau, 16. August. Der gestern hier bekannt gewordene Text der britischen Antwortnote hat die hiesigen Pressekreise sehr unliebsam überrascht. Noch gestern nachmittag war dem hiesigen Außenministerium ein Telegramm aus London zugegangen, worin lebhaft betont wurde, daß die englische Antwort „eine besonders neuen Argumente vorbringe und nur abermals die Rechtsgültigkeit der französischen Ruhebesetzung in Zweifel ziehen werde“. Als ein paar Stunden darauf der englische Originaltext hier anlangte, war man, wie heute von amtlicher Seite erklärt wurde, „recht konsterniert“.

Ein französischer Sozialist

gegen die Abrüstung.

Wetzlar, 17. August. Die Interparlamentarische Konferenz beschäftigte sich gestern mit mehreren die allgemeinen Rüstungen betreffenden Entschlüssen. Der französische Sozialist Merlin erklärte sich nicht für zuständig, eine derartige Entschlüsselung zu unterstützen. Frankreich sei das friedliebendste Land der Erde. Sein Ziel sei stets, einen Krieg zu vermeiden, und dieses Ziel könne nur erreicht werden, wenn alle Verträge, besonders aber den Versailleser Vertrag aufrechterhalten bleiben.

Aus Provinz und Reich

Au den Pranger.

Eberfeld, 17. August. Nach einer Besprechung mit dem Regierungspräsidenten Grüninger in Warmen wurde der Eberfelder Großhändler des Sommerzents Max Gall, Leiter des Rhein-Handelskongress, wegen dringenden Verdachtes der Beugung der Befragung verhaftet und ins Untersuchungsgefängnis nach Eberfeld gebracht. Seit längerer Zeit waren durch einen Serben Danowitsch von den Franzosen beschlagnahmte Waren in Menge aufgekauft und weiterveräußert worden. Gall ist dringend verdächtig, diese Weiterveräußerung der Waren beabsichtigt zu haben. Bekanntlich betrachtet die deutsche Befragung den Verkauf von Waren, die von den Franzosen beschlagnahmt worden sind, oder die Beihilfe dazu als Heherei.

Eröffnung des Flugverkehrs England-Schwed.

Zürich, 17. August. Der Flugverkehr England-Schweden über Paris ist gestern durch das Flugzeug Dandley eröffnet worden, das London gestern früh um 8 Uhr mit fünf Passagieren verließ, um 10,35 Uhr in Le Bourget bei Paris einzutreffen, um 2,35 Uhr eine Zwischenlandung in Basel vorzunehmen und um 5,40 Uhr in Zürich landete.

Eine katastrophale Sturmflut auf Korea.

Newark, 16. August. Wie aus Seoul auf Korea gemeldet wird, ist die Nordwestküste Koreas von einer gewaltigen Sturmflut heimgesucht worden, die hunderte von Häusern hinwegjagte und unübersehbaren Sachschaden anrichtete. Die Zahl der ums Leben gekommenen ist weit über 1000.

Turnen, Spiel und Sport.

Der Fußballsport des Sonntags.

Vertraute Plätze! Auch die meisten Spiele der unteren Mannschaften wurden wegen schlechten Wetters abgesetzt. Sportverein 99, 1. Junioren, konnte gegen den schon am Sonntag erschienenen Rudolfsbader Gegner 4:7 gewinnen. Die erste Meiere 99 gewann nach heftigem Kampfe gegen Favorit-Meiere 3:2. Weitere Resultate: Stadtspiel Halle-Magdeburg 3:0; Weihenstephan 2:0; Raumburg (Wassspiel) 1:0; Stadtspiel Berlin-Prag 3:3; Nürnberg-Fürther Städtegemeinschaft-Amsterdam 4:0; Prag-Bien vor 60 000 Zuschauern 2:1 (2:1); Ungarn-Holland 3:1.

B. F. L. erfolgreich in Wännen.

Telegramm. Nach schönem Spiel in Warnsdorf 3:1 gewonnen. Bericht folgt morgen.

99er Leichtathleten mit Bombenerfolgen von Arnstadt zurück!

Einladungskämpfe des S. B. Arnstadt. Telefonische Anzeige.

Den spannendsten Kampf brachte die Dithmische Staffel, die vom Sportverein 99 vor dem S. G. Erfurt gewonnen wurde in der äußerst guten Zeit von 4:53,5. Bei dem Herren-Sprint führte 99 bis zur neunten Hebung mit Schulzger 2. G. punktlos. Der dann von M. F. B. Erfurt ausgeführte Stabhochsprung entschied diesen Kampf für Erfurt. Die weiteren 99er-Resultate sind: 800 Meter: 1. Kamm 2:03,5; 3000 Meter: 1. Weber 10 Minuten; 5x1000 Meter-Staffel: 1. S. B. 99 in 14:34,4 Minuten.

Deutsche Meister in der Leichtathletik.

Die Not der jetzigen wirtschaftlichen Lage machte sich auch bei der Austragung der „Deutschen Leichtathletikmeisterschaften“ in Frankfurt ziemlich bemerkbar. Eine Reihe der besten waren nicht erschienen. Trotzdem waren glänzende Leistungen zu verzeichnen, dabei drei neue Höchstleistungen und eine Weltrekordzeit. Das sind deutsche Meister in zwei Ereignissen erzielt worden. Doubel, Troßbach, Pelzer, Bedarff und Fr. Henoch wurden Doppelmehrer. Nachstehend die Meister der Herren-Bewerbe:

5000 Meter: Bedarff-Düsseldorf 15:14,2 (neuer deutscher Rekord); Diskus: Steinbrenner-Frankfurt 41,55; 800 Meter: Pelzer 2:11; Hochsprung: Sub-Zena 1,74 (bei aufgewecktem Boden); 400 Meter Hürden: Troßbach-Frankfurt 57,4; 100 Meter: Doubel-Krefeld 11,1; Weisprung: Schumacher-Hamburg 7,07; 3x1000 Meter: Mänsen 60 in 7:50,4; Speerwerfen: Vidale 58,93 Meter; 1500 Meter: Pelzer-Stettin 4:17,9; Stabhochsprung: Lehninger-Berlin 3,70 Meter; 200 Meter: Doubel-Krefeld 22,8; 110 Meter Hürden: Troßbach-Frankfurt 15,7; Angelhöfer-Bemmering-Birmens 14,065 Meter (neuer deutscher Rekord); 400 Meter: Henell 51,6; 10 000 Meter: Bedarff-Düsseldorf 32:49,8; 4x1000 Meter: Eintracht-Frankfurt 43,1.

Die Ergebnisse bei den Frauen-Bewerben: Angelhöfer: Fr. Bonndorf-Berlin 8,69 Meter; Speerwurf: Fr. Frischgold-Berlin 33,73 Meter (neuer deutscher Rekord); 4x100 Meter: Brandenburg 53,5; Hochsprung: Fr. Müller-Zorgau 1,41 Meter; 100 Meter: Fr. Gause-Frankfurt 13,2; Weisprung: Fr. Ober-München; Diskus: Fr. Henoch 24,99 Meter.